Martin Tretbar-Endres
Die Kernenergiediskussion der SPD Schleswig-Holstein

Ein Beispiel innerparteilicher Willensbildung

Demokratische innerparteiliche Willensbildung ist eine Voraussetzung dafür, daß die Parteien die ihnen zugewiesene Vermittlungsfunktion zwischen Bevölkerung und staatlichem Handeln erfüllen können. Die Parteienforschung beschäftigt sich seit Robert Michels Studie über die Oligarchisierungstendenzen in Großorganisationen mit der Frage, inwieweit innerparteiliche Demokratie, d.h. auch innerparteiliche Willensbildung überhaupt möglich ist.[1] In der derzeitigen Diskussion um die „Parteienverdrossenheit" spielt die vielfach behauptete nachlassende Kompetenz der Parteien, sich den Problemen zu stellen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, eine große Rolle. Die Auseinandersetzung über die Rolle und Funktionserfüllung der Parteien ist jedoch nicht neu: W.D. Narr sah die Parteien bereits 1977 nicht mehr dazu in der Lage, die Funktion der „Transmission", der Aufnahme und Übersetzung von Interessen, der organisatorischen Leistung der Willensbildung, zu erfüllen.[2]

In der Auseinandersetzung um die Kernenergienutzung in den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre wurden die Parteien mit Protestbewegungen konfrontiert. Daher bietet sich dieses Themenfeld für eine Untersuchung darüber an, wie und unter welchen Bedingungen Parteien Bürgerinteressen von außen aufgreifen, in eigene Programmatik umsetzen und zur Wahl stellen.

Der folgende Beitrag untersucht die Bedingungen und Abläufe der innerparteilichen Willensbildung am Beispiel der Kernenergiediskussion in der SPD Schleswig-Holstein (SH). Die SPD SH ist als Untersuchungsgegenstand deshalb geeignet, da sie in diesem Politikbereich innerhalb einer kurzen Zeitspanne ihre Position veränderte.

Die häufig behauptete Annahme, die Ausübung starken Drucks von außen auf die Parteien reiche aus, um eine Partei zu einer radikalen Veränderung ihrer Programmatik zu bewegen, greift allerdings zu kurz, da sie die internen Faktoren der innerparteilichen Willensbildung ausblendet. Denn nur mit den internen Faktoren läßt sich z.B. erklären, warum die SPD-Landesverbände Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein auf die Konfrontation mit Bürgerinitiativen in Wyhl bzw. Brokdorf durchaus unterschiedlich reagierten.

An der Entwicklung der Kernenergieposition innerhalb der SPD Schleswig-Holstein läßt sich daher aufzeigen, unter welchen Bedingungen Parteien Inhalte von außen aufgreifen und in ihre eigene Programmatik umsetzen, d.h. wie die Interessenvermittlung zwischen Bürger und Staat stattfinden kann. Dabei steht im folgenden weniger die allgemein-energiepolitische Debatte, die durchaus breiten Raum in der SPD SH einnahm, im Mittelpunkt des Interesses. Das Schwergewicht liegt vielmehr auf der Darstellung und Analyse der Auseinandersetzungen um die konkreten Kernkraftwerksprojekte in Schleswig-Holstein, da sich daran die Hauptkonflikte entzündeten. Daraus begründet sich auch die zeitliche Begrenzung der Darstellung bis zum Jahr 1983.

[1] Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig 1911

[2] Wolf Dieter Narr, Parteienstaat in der BRD — ein Koloß auf tönernen Füßen, aber mit stählernen Zähnen, in: ders. (Hrsg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen 1977, S. 9.

1971: Vier Kernkraftwerke für Schleswig-Holstein

Im Januar 1971 beschloß die SPD Schleswig-Holstein ihr Landtagswahlprogramm für die Jahre 1971 bis 1975. Unter der Überschrift *„Sicherung der Energieversorgung"* hieß es darin:

„Kostengünstige und ausreichende Energieversorgung kann in Verbindung mit anderen Faktoren standortbestimmend sein und die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Betriebe verbessern. Um die Energiepreisdifferenz gegenüber anderen Standorten nicht weiter anwachsen zu lassen, ist ... in Schleswig-Holstein der Bau von Kernkraftwerken in Brunsbüttel und Geesthacht intensiv voranzutreiben. Die Standorte für zwei weitere Anlagen sind im Programmzeitraum festzulegen."[3]

Dieser Beschluß spiegelte die Einschätzung der gesamten Partei unter ihrem damaligen Landesvorsitzenden Jochen Steffen wider, daß sich SH rasch industrialisieren müsse, wozu billige Energie aus Kernkraftwerken eine Voraussetzung sei.

Auch auf dem Heiligenhafener Programmparteitag im November 1973, auf dem sich die SPD SH ein Grundsatzprogramm geben wollte, spielte das Thema Kernenergie noch keine Rolle, obwohl das „Heiligenhafener Programm" bereits ökologische Gedankengänge und kritische Einschätzungen zur Wachstumsfrage enthielt. Ein vom damaligen Landtagsabgeordneten Eckard Kuhlwein vorgelegter Initiativantrag, der die Aufforderung enthielt, die Gefahren der Kernenergie zu prüfen, wurde an den Landesausschuß überwiesen, wo er dann zwar beschlossen, aber vorerst folgenlos *„in einer Schublade"*[4] verschwand. Der Anstoß für Kuhlweins Initiative ging nach seiner eigenen Darstellung von Bekannten aus.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich das KKW Brunsbüttel im Bau, nachdem es am 1. April 1970 die erste Teilerrichtungsgenehmigung erhalten hatte. Nennenswerte Proteste gegen den Baubeginn hatte es nicht gegeben. Das Kernkraftwerk Krümmel als zweites KKW erhielt die erste Teilerrichtungsgenehmigung am 18. Dezember 1973. Im Oktober 1973 bestätigte die Landesregierung, daß für zwei weitere Kernkraftwerke die Standorte bei Brokdorf und im Außendeichsland der Elbmündung auf ihre Verwendbarkeit überprüft werden. Die endgültige Entscheidung sollte nach technischen Untersuchungen und Gesprächen mit den zuständigen Gemeinden und Kreisen fallen.

1973-1975: Erste Proteste gegen die Kernenergie

Im November 1973 wurde im ca. 4 km von Brokdorf entfernt liegenden Wewelsfleth die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) gegründet. In einer Befragung der Bevölkerung von Brokdorf und Wewelsfleth sprach sich eine große Mehrheit gegen den Bau des KKW aus. In den folgenden Monaten verstärkte sich der Protest der Bevölkerung, wobei sich vor allem die Bauern der Umgebung entschieden gegen das KKW wandten. Einen atomrechtlichen Anhörungstermin in Wilster brach die Landesregierung im November 1974 ab, obwohl noch nicht alle offenen Fragen beantwortet worden waren. Im Dezember 1975 rief die BUU zur Bauplatzbesetzung auf. Die von Beginn an auf Einschüchterung der KKW-Gegner ausgerichtete Vorgehensweise der CDU-Landesregierung, die sich z.B. in großen

[3] SPD-Landesvorstand, „Regierungsprogramm der SPD — Wir machen die Zukunft wahr", Kiel, o.J., S. 12.

[4] Darstellung von Eckard Kuhlwein im Interview mit dem Verfasser.

Polizeiaufgeboten bei den Erörterungsterminen zeigte, vergrößerte den Protest gegen das KKW Brokdorf noch zusätzlich. Die örtliche SPD-Gliederung, der SPD-Ortsverein (OV) Wewelsfleth (in Brokdorf existierte zu dieser Zeit kein OV), unterstützte den Protest gegen das geplante KKW nicht mit einer energiepolitischen Begründung, sondern damit, daß in dieser Gegend ein Naherholungsgebiet geschaffen werden sollte. Allerdings schwächte sich die Unterstützung für die KKW-Gegner im Kreisverband Steinburg bereits ab, denn der Kreistagsfraktionsvorsitzende formulierte ein bedingtes Ja zur Standortentscheidung. Kritik übte der SPD-Kreisverband lediglich an der Vorgehensweise der Landesregierung. Auf Landesebene besaß das Thema Kernenergie ebenfalls noch keinen großen Stellenwert. Im Landtagswahlkampf 1975 spielte es noch keine Rolle. So enthielt das SPD-Landtagswahlprogramm keine Aussage zur Energiepolitik.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Hans Schwalbach, der gleichzeitig ÖTV-Bezirksvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied der Nordwestdeutschen-Kraftwerke AG war, erwähnte Anfang März 1975 in einer Landtagsdebatte zur Energiepolitik das geplante KKW Brokdorf mit keinem Wort, sondern erklärte lediglich u.a.:

„Der Bau von Kernkraftwerken erfordert immer noch lange Genehmigungsverfahren. Die Energiepolitik des Landes sollte sich auf diesem Sektor fördernd einsetzen und vor allen Dingen der Aufklärung der Öffentlichkeit starke Beachtung widmen."[5]

In diesem Kontext konnte mit *„Aufklärung"* nur gemeint sein, die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Kernkraftwerke zu überzeugen. Daß dem Thema im Landtagswahlkampf keine große Bedeutung zugemessen wurde, zeigte sich auch darin, daß der Fraktionsvorsitzende der SPD, Klaus Matthiesen, bei dieser Debatte das Wort nicht ergriff.

In der SPD beschäftigte sich zu dieser Zeit lediglich ein Teil der Jungsozialisten mit dem Landesvorstandsmitglied Hilmar Zschach an der Spitze intensiv mit dem Thema Kernenergie. Zum SPD-Landesparteitag, der im September 1975 in Bad Oldesloe stattfand, brachten die Jungsozialisten einen Antrag mit kritischen Ansätzen zur Kernenergie ein. In dem Papier wurde die Bundesregierung aufgefordert, für einen begrenzten Zeitraum von drei Jahren den Betrieb aller Kernreaktoren zu unterbinden, den Bau aller geplanten bzw. im Bau befindlichen Kernreaktoren zu stoppen und den Außenhandel mit Kernreaktoren einzustellen. Der begrenzte Stopp des Atomprogramms sollte dazu genutzt werden, *„durch Forschungsaufträge die biologischen, medizinischen, technischen und ökologischen Einwände gegen den Einsatz von Kernkraftwerken zu untersuchen."*[6] Aus dem Antrag ließ sich noch nicht einmal eine grundsätzliche Gegnerschaft zur Kernenergie ableiten, denn in der Begründung hieß es ausdrücklich:

„Die Antragsteller meinen nicht, daß Kernenergie grundsätzlich abzulehnen ist, vielmehr gehen sie davon aus, daß in einer befristeten Unterbrechung die schwerwiegenden Bedenken un-

[5] Landtagsprotokoll 7/72 vom März 1975, S. 4496.

[6] Der Antrag wurde im Informationsdienst der Jungsozialisten (idi) Nr. 8/75 abgedruckt.

[7] ebd.

tersucht werden müssen, daß aber bei forciertem Weiterbau eine eventuelle Abkehr von der Kernenergie immer schwieriger wird.“[7]

Auf dem Parteitag kam es zu einer etwa halbstündigen Diskussion, wobei weniger das Thema als vielmehr der weitere Umgang mit dem Antrag im Mittelpunkt stand. Er wurde schließlich an eine Fachkonferenz zur weiteren inhaltlichen Diskussion überwiesen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß zu Beginn der 70er Jahre in der Einschätzung der SPD SH die Kernenergie eine positiv zu bewertende Energiequelle war, die für die Industrialisierung Schleswig-Holsteins genutzt werden sollte. Auf die sich häufenden Proteste von betroffenen Bürgern gegen das geplante KKW Brokdorf reagierte lediglich die örtliche SPD. Auf Landesebene war das Thema noch nicht aktuell bzw. es wurde in Übereinstimmung mit der Bundes-SPD auf Planungsmängel und eine mangelhafte Bürgerbeteiligung der CDU-Landesregierung hingewiesen. In der SPD-Landtagsfraktion bestimmte mit Hans Schwalbach ein Mann den energiepolitischen Kurs, der aufgrund seiner Funktionen auf den Ausbau der Kernenergie setzte. Die Jungsozialisten waren die erste Parteigruppierung, die sich aufgrund diverser Anstöße von außerhalb der Partei intensiv mit dem Thema beschäftigten und dieses zum Teil erfolgreich in die Partei hineintrugen. Damit begannen sich in der SPD SH unterschiedliche Einstellungen zur Kernenergie herauszubilden.

1976/1977: Auf dem Weg zur „aktiven Denkpause“

Die auf dem Landesparteitag in Bad Oldesloe beschlossene Fachkonferenz fand im April 1976 mit lediglich ca. 40 Teilnehmern in Kiel statt. Nach einem von der Fachkonferenz verabschiedeten Papier sollte beim Bau, bei der Planung und bei der Genehmigung von kerntechnischen Anlagen daran festgehalten werden, daß der Schutz der Bevölkerung vor möglichen

Dieser Ortsname wurde neben Wyhl zum Kennzeichen für die Auseinandersetzung um das Atomenergieprogramm der Bundesregierung und der westdeutschen Energieversorgung. (Foto: Günter Zint)

Als erste Maßnahme der Nacht-und-Nebel-Aktion vom 26. auf den 27. Oktober 1976 markierte die zukünftige Atomkraftwerksbetreiberin ihr Areal mit Schildern und sicherte das Grundstück mit Nato-Bandstacheldraht. (Foto: Günter Zint)

Schäden absolute Priorität bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie haben müsse.[8] Von einem Baustopp war noch keine Rede. Der SPD-Landesvorstand griff das Thema erst am 6. September wieder auf und beschloß, sich am 1. November 1976 mit den Ergebnissen der Fachkonferenz zu beschäftigen. Zwischen diesen beiden Daten erteilte das Sozialministerium in Kiel unter strengster Geheimhaltung am Nachmittag des 25. Oktobers die 1. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für den Bau des KKW Brokdorf und ordnete den Sofortvollzug an. Um 0.00 Uhr am 26. Oktober fuhren Baufahrzeuge unter starker Polizeibewachung auf den Bauplatz. Gleichzeitig wurde der Platz mit Stacheldraht und Gräben gesichert. Vier Tage später fand mit mehreren tausend Teilnehmern eine erste Kundgebung am Bauplatz statt, in deren Verlauf ein Teil des Bauplatzes besetzt wurde, den die Polizei gegen 20.00 Uhr allerdings wieder räumte. Mit diesem Tag erlangten die Auseinandersetzungen um den Bau des KKW Brokdorf landes- und bundespolitische Bedeutung.

Eine erste Möglichkeit zur Reaktion im Landtag bot sich der SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltslesung am 27. Oktober. Oppositionsführer Matthiesen erklärte:

[8] Beschlußvorlage zur Fachkonferenz 1976 in Kiel, Kopie im Archiv des Verfassers.

Vorhergehende Seiten: Am 30. Oktober 1976 sammelten sich etwa 8000 Atomkraftgegner in Brokdorf, um gegen den Bau des dortigen AKW zu demonstrieren. Nach der Kundgebung wurde an drei Stellen der provisorische Bauzaun durchbrochen und ein Teil des Geländes besetzt. Hier zeichnen sich die Silhouetten von Demonstranten auf dem Elbdeich gegen den abendlichen Westhimmel ab. (Foto: Günter Zint)

[9] Landtagsprotokoll 8/26 vom 27.10.76, S. 1804.
[10] Kopie des Beschlusses im Archiv des Verfassers.

„Es geht, Herr Dr. Barschel [damaliger Innenminister und damit zuständig für den Polizeieinsatz, MTE], *hier nicht um die energiepolitische Entscheidung, sondern es geht bei Brokdorf nach dem, was sich dort dargestellt hat und nach dem, was wir heute aus Brokdorf wissen, um die Verhältnismäßigkeit der Mittel."*[9]

Die Landtagsfraktion reduzierte den Konflikt um Brokdorf also auf die Durchsetzung der 1. TEG und das Vorgehen der Landesregierung und blendete den energiepolitischen Aspekt aus. Anders dagegen der SPD-Landesvorstand, der in seiner Sitzung am 1. November einen energiepolitisch bedeutenden Beschluß faßte, der der Ausgangspunkt zu einer breiten und teilweise heftig geführten Diskussion werden sollte. In ihm hieß es:

„Die Diskussion im Landesvorstand ... und die Beratung der Fachkonferenz ‚Kernenergie' ... haben ergeben, daß die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie, der Bau und der Export von Kernkraftwerken insgesamt mehr ungeklärte Probleme und unübersehbare Risiken enthalten als bisher der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden ist."[10]

Solange eine Reihe von Fragen ungeklärt seien, forderte der SPD-Landesvorstand, *„daß der Bau aller geplanten Kernkraftwerke nicht in Angriff genommen wird und daß der Außenhandel mit Kernreaktoren eingestellt wird."* Die Fortführung der im Bau befindlichen Kernkraftwerke müsse unterbrochen werden. Damit nahm die SPD Schleswig-Holstein als erster Landesverband eine Abkehr von der bisherigen Position der Sozialdemokraten vor, nach der Kernkraftwerke unter Berücksichtigung bestimmter Sicherheitsauflagen gebaut werden dürften. Den Verfechtern des Landesvorstandsbeschlusses um den Landesvorsitzenden Günther Jansen und seinen Stellvertreter

Die Härte der polizeilichen Maßnahmen zur Behinderung der Demonstration und zur Zurückdrängung der Platzbesetzer führt am 31. Oktober 1976 zu einem Schweigemarsch der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, an dem etwa 3000 Menschen teilnehmen. Mitgeführt werden von den Einheimischen auch Deutschlandfahnen — wie hier auf dem Elbdeich bei Brokdorf. (Foto: Günter Zint)

Gerd Walter war klar, daß diese Positionsveränderung auf Widerstand eines Teils der SPD stoßen mußte. Zudem stellte sich die Landes-SPD damit in Gegensatz zur sozialliberalen Bundesregierung, die weiter auf den Bau von Kernkraftwerken setzte. Um die zu erwartenden Konflikte zu kanalisieren, lud der Landesvorstand daher bereits für den 20. November zu einer weiteren Energiekonferenz ein, auf der über seinen Beschluß diskutiert werden sollte. Gerd Walter bemühte sich am 8. November in einem Schreiben an Parteifunktionäre, den sich abzeichnenden Konflikt in der Landes-SPD zu entschärfen: Der Landesvorstandsbeschluß bedeute keine negative Festlegung in Sachen Kernenergie, sondern sei ein Angebot zu einer breit angelegten öffentlichen Diskussion über alle Partei- und Verbandsinteressen hinweg, schrieb der stellvertretende Landesvorsitzende. Zudem stünde der Beschluß in Übereinstimmung mit den Zielen der Bundesregierung.[11] Inhaltlich war die von Walter gegebene Darstellung jedoch kaum haltbar, denn die Forderung nach einem Baustopp war mit der Position der Bundesregierung nach Weiter- und Zubau von KKW keineswegs vereinbar.

Vor Ort verschärften sich die Auseinandersetzungen um das KKW Brokdorf zwischenzeitlich weiter. Eine Woche vor der Energiekonferenz des SPD-Landesverbandes demonstrierten ca 25.000 Menschen am Bauplatz gegen das KKW. Obwohl die von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe veranstaltete Demonstration gewaltfrei verlief, kam es zu massiven Polizeieinsätzen gegen Demonstranten. So flogen Hubschrauberbesatzungen Tränengaseinsätze gegen Demonstranten, die sich bereits auf dem Rückweg befanden. Eine der Tränengasgranaten schlug in der Nähe des SPD-Landesvorsitzenden Günther Jansen ein, der daraufhin Strafanzeige gegen den Innenminister, gegen die Einsatzleiter der Polizei und gegen die Hubschrauberbesatzung stellte. Nach der Demonstration verschärfte sich die Diskussion um die Polizeieinsätze und die Verantwortung der Landesregierung für deren Vorgehen. Die Brokdorf-Auseinandersetzung wurde daher von Beginn an nicht nur mit energiepolitischen, sondern auch mit rechtsstaatlichen Argumenten geführt. Für die Willensbildung in der SPD SH hatte die Demonstration deshalb große Bedeutung, da sich neben Jansen zahlreiche weitere SPD-Mitglieder an ihr beteiligten und so mit dem massiven Polizeieinsatz konfrontiert wurden. Dies verstärkte die Solidarität mit den Bürgerinitiativen.

Auf der anderen Seite formierten sich die Gegner des Landesvorstandsbeschlusses in der SPD-Landtagsfraktion und den Gewerkschaften. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kurt Hamer schrieb am Vortag der geplanten Fachtagung Günther Jansen einen Brief, in dem er außerordentlich kritisch zum Landesvorstandsbeschluß und zur Strafanzeige Jansens Stellung nahm. Er warf dem Landesvorstand Opportunismus vor, weil der Beschluß vom 1. November mit den Vorgängen um das KKW Brokdorf verknüpft sei. Mit seiner Strafanzeige lenke Jansen von den wahren Verantwortlichen, nämlich der Landesregierung, ab. Zur Teilnahme von Sozialdemokraten an

[11] Kopie des Schreibens im Archiv des Verfassers.

Eine erneute Demonstration am 13. November 1976 bringt etwa 45.000 Menschen auf die Beine. Trotz massiver Polizeihindernisse, die den Bauplatz weiträumig abschirmten, gelang es, in zum Teil stundenlangen Anmärschen, den Demonstrationsplatz zu erreichen. Die Härte des großen Aufgebots aus Polizei und Bundesgrenzschutz führte zu erbitterten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf massiv Tränengas — auch gegen bereits wieder abmarschierende AKW-Gegner — eingesetzt wurde.
Linke Seite oben: Eine Marschkolonne staut sich östlich Brokdorfs an einer Wetternbrücke. (Foto: Günter Zint)
Linke Seite unten: Der inzwischen durch einen Stahlgitterzaun gesicherte Bauplatz wird heftig angegriffen und massiv verteidigt. (Foto: Günter Zint)
Rechte Seite oben: Tränengas kommt in großen Mengen gegen die Demonstranten zum Einsatz. Es wurde sogar aus niedrig fliegenden Hubschraubern abgeworfen. (Foto: Günter Zint)
Rechte Seite unten: Versuche der Beschwichtigung wurden in der aufgeheizten Situation mehrfach gemacht. In dieser Richtung betätigten sich auch mehrere Pastoren, die zuvor einen Gottesdienst am Bauplatz abgehalten hatten. (Foto: Günter Zint)

der Demonstration meinte Hamer, daß dies *„aber nur zu leicht den Eindruck einer völligen Identifizierung der SPD dieses Landes mit den Bürgerinitiativen erwecken (kann). Das jedoch könnte ich nicht akzeptieren."*[12] Bereits am 3. November hatte der geschäftsführende ÖTV-Bezirksvorstand den SPD-Landesvorstandsbeschluß als *„nach fachlicher, sachlicher und gewerkschaftspolitischer Prüfung unvereinbar mit der Energiepolitik der ÖTV"*[13] bezeichnet. Am 5. November fand in Brokdorf eine Demonstration von ca. 5.000 Mitarbeitern aus kerntechnischen Anlagen sowie von Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) für das KKW Brokdorf statt. Die SPD SH geriet somit in den Konflikt, der sich zwischen Gewerkschaften einerseits und Bürgerinitiativen andererseits verschärfte. Für die Willensbildung in der SPD war daher der Einfluß des Gewerkschaftsflügels von großer Bedeutung. Im Gegensatz zur ersten Fachkonferenz nahmen an der Veranstaltung am 20. November ca. 300 Parteimitglieder teil. Dies unterstrich deutlich, daß innerhalb nur eines halben Jahres aufgrund der Auseinandersetzung um das KKW Brokdorf das Thema Kernenergie zu einem die SPD-Mitglieder bewegenden Thema geworden war. Das Hauptreferat hielt Bundesforschungsminister Hans Matthöfer, der sich gegen die von der SPD SH erhobene Forderung eines Baustopps aussprach. Allerdings setzte er sich dafür ein, die Bürger bei Genehmigungsverfahren früher einzuschalten und kritisierte damit das Vorgehen der Landesregierung in Brokdorf. Matthöfers Rede wurde z.T. von Pfiffen und Mißfallenskundgebungen begleitet.

In der SPD SH spitzten sich die Auseinandersetzungen weiter zu: Der aus fünf Abgeordneten bestehende Gewerkschaftsflügel in der Landtagsfraktion war am 23. November 1976 nicht bereit, einem Antrag der eigenen Fraktion zuzustimmen, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte, die Anordnung der sofortigen Vollziehung der 1. TEG für das KKW Brokdorf zurückzunehmen. Auf der anderen Seite verschärfte Günther Jansen den Konflikt vor allem mit den Mitgliedern der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt. Matthöfer und Schmidt würden sich nicht mehr solidarisch mit dem angedeuteten Willen der Partei verhalten, wenn sie ihre Kernenergiepolitik bis zum bevorstehenden Hamburger Bundesparteitag im Herbst 1977 fortsetzten, erklärte Jansen auf einer Pressekonferenz im Februar 1977. Bei seinen Angriffen konnte der Landesvorsitzende damit rechnen, daß die Kritik an der Bundesregierung zumindest bei einem großen Teil des sich als „links" verstehenden Landesverbandes auf Zustimmung stoßen und zur Geschlossenheit der eigenen Reihen in der Kernenergiefrage beitragen würde. Allerdings reagierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Matthiesen auf die Vorwürfe Jansens eher kritisch, da er an einem Konflikt mit Bonn kein Interesse hatte. Denn Matthiesen wollte bei den Landtagswahlen 1979 zusammen mit der FDP die CDU-Landesregierung ablösen. Ein Konflikt mit Bonn barg die Gefahr in sich, potentielle Wählerstimmen aus dem sozialliberalen Spektrum sowie sog. „Schmidt-Wähler" zu verlieren.

[12] Kopie des Briefes im Archiv des Verfassers.

[13] Pressemitteilung der ÖTV vom 3.11.76.

Protestdemonstrationen gab es auch in Hamburg, um einem Großaktionär der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG, den Hamburgischen Elektrizitätswerken, einen Kurswechsel in der Atomenergiepolitik nahezulegen. Hier eine polizeiliche Sicherung des HEW-Kundenzentrums an der Mönckebergstraße während der Demonstrationen am 22. Januar 1977. (Foto: Günter Zint)

Auch außerhalb der SPD gingen die Auseinandersetzungen um das KKW Brokdorf weiter: Die Bürgerinitiativen planten für den 19. Februar 1977 eine Demonstration gegen das KKW, dessen Bau seit Dezember 1976 auf Beschluß des Verwaltungsgerichtes Schleswig gestoppt war. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der BUU um den Demonstrationsort. Ein Teil der in der BUU zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen, vor allem aus Hamburg, favorisierte eine Demonstration in Brokdorf und wollte mit einer Besetzung des Bauplatzes den Bau des KKW verhindern. Vor allem die örtlichen Bürgerinitiativen aus der Wilstermarsch setzten dagegen auf eine Demonstration in der Kreisstadt Itzehoe und hielten angesichts der Sicherung des Bauplatzes und des zu erwartenden Polizeiaufgebotes eine Bauplatzbesetzung für nicht durchsetzbar. In dieser Situation sollte mit einer friedlichen Kundgebung der Widerstand gegen das KKW verbreitert werden. Die SPD Schleswig-Holstein nahm an Gesprächen zwischen Parteien und Bürgerinitiativen zur Vorbereitung der Itzehoer Demonstration teil, unterstützte diese organisatorisch und rief ihre Mitglieder zur Teilnahme auf. Damit wurde deutlich, daß die SPD die Bürgerinitiativen als wichtigen Partner ansah, wobei im Hintergrund die Absicht bestand, die Kräfte der Bürgerinitiativen zu unterstützen, die als „gemäßigt" galten, d.h. gewaltsame Auseinandersetzungen vermeiden wollten. An dem Aktionstag in Itzehoe nahmen nach Schätzungen der Veranstalter 30.000 bis 40.000 Menschen teil. Besondere Aufmerksamkeit erlangte die Rede des ehemaligen Gewerkschaftsfunktionärs Heinz

BJ

AKW
Willstätt

Vorhergehende Seiten: Am 19. Februar 1977 kam es zu zwei Demonstrationen gegen den geplanten Bau des AKW Brokdorf: eine von Wilster aus zum Bauplatz, die andere in Itzehoe. Die Spaltung der Anti-AKW-Bewegung in eine bürgerlich-gemäßigte Fraktion mit Schwerpunkt im Umfeld von Brokdorf und eine autonom-orientierte Fraktion mit Schwerpunkt in der Hamburger extremen Linken wurde deutlich. Hier marschiert der Demonstrationszug von der Hamburger Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe unter roten Fahnen von Wilster nach Brokdorf.

Brandt, der die Gewerkschaften wegen ihrer Atompolitik hart angriff und das Wort vom „Atomfilz" prägte:

„Unter Atomfilz verstehe ich den reich bezahlten Gewerkschaftsbürokraten, der im Konzernaufsichtsrat und Konzernvorstand mit den Managern der Atomindustrie gemeinsame Sache macht, der mit der Atomlobby unter einer Decke steckt, der mit ihr widerlich verfilzt ist."[14]

Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Bürgerinitiativen verschlechterte sich daraufhin weiter, zumal der DGB Berlin ein Ausschlußverfahren gegen Heinz Brandt einleitete. An der Demonstration in Brokdorf, die vorher verboten worden war, beteiligten sich zwischen 6.000 und 10.000 Menschen. Ein massives Polizeiaufgebot sicherte den Bauplatz, wobei es nicht zu den erwarteten und prophezeiten Gewaltaktionen kam.

Zusammenfassend lassen sich vor dem Tönninger SPD-Landesparteitag, der im Juni 1977 stattfinden sollte und der über die veränderte Position des Landesvorstandes entscheiden mußte, drei Gruppierungen bei den Auseinandersetzungen um die Kernenergie in der SPD SH unterscheiden:

– der Gewerkschaftsflügel, der einen weiteren Ausbau der Kernenergie, einschließlich Brokdorf, propagierte und die Energiepolitik der Bundesregierung vorbehaltlos unterstützte. Er war in der Landtagsfraktion mit 5 von 30 Abgeordneten und in der Partei durch die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) vertreten.

– Teile der Landtagsfraktion mit Klaus Matthiesen an der Spitze, die die Auseinandersetzung begrenzen und vor allem keine Konflikte mit der Bundesregierung in Bonn wollten. Sie kritisierten die CDU-Landesregierung hauptsächlich wegen ihres Vorgehens in Brokdorf, ohne den Bau des KKW grundsätzlich abzulehnen. Angriffe auf die Bundesregierung schadeten nach ihrer Überzeugung dem Ziel der Regierungsübernahme in Kiel. Zudem sollte keine Positionsbestimmung gegen die Gewerkschaften als wichtigen Bündnispartner vollzogen werden. Die Positionen der Bürgerinitiativen zu Brokdorf wurden nur insoweit unterstützt, als sie die Einstellung der Bauarbeiten forderten.

– Die Vertreter des November-Beschlusses der Landes-SPD forderten den politisch begründeten Baustopp nicht nur für Brokdorf, sondern für alle KKW. Da von ihrem Rollenverständnis her die Partei die grundsätzlichen Entscheidungen zu treffen hatte, mußte es zu Konflikten mit der Bundesregierung kommen. Der Baustopp sollte dazu dienen, keine weiteren Fakten zu schaffen und nach einigen Jahren endgültig über die Nutzung der Kernenergie entscheiden zu können. Von diesem Teil der SPD wurden die Bürgerinitiativen aktiv unterstützt.

Die Trennung der Ämter des Fraktionsvorsitzenden und des Landesvorsitzenden personalisierte und förderte den Konflikt zwischen den beiden letztgenannten Gruppen.

In der Vorbereitung auf den Tönninger Landesparteitag konnte sich im Landesvorstand zunächst die Gruppe um G. Jansen nicht eindeutig durchsetzen. Der vom Landesvorstand für den Parteitag beschlossene Antrag fiel inhaltlich hinter den

[14] Die Rede wurde in der Frankfurter Rundschau vom 28.2.1977 veröffentlicht.

Novemberbeschluß zurück. Die Forderung nach einem Baustopp wurde nicht mehr erhoben, sondern es wurde lediglich auf den durch Gerichtsbeschlüsse bestehenden *„faktischen Baustopp"* hingewiesen. Auf dem Landesparteitag selbst wurde in der Arbeitsgruppe Energiepolitik dieser Antrag jedoch erheblich verändert. Auf dem Parteitag fand sich eine breite Mehrheit für einen vom Kreisverband Pinneberg eingebrachten Antrag, wonach für alle Kernenergieprojekte bis auf weiteres ein Genehmigungs-, Bau- und Inbetriebnahmestopp angeordnet werden sollte. Der Landesverband der SPD sprach sich für eine *„unvoreingenommene und ergebnisoffene Diskussion über die Chancen und Risiken der friedlichen Nutzung der Kernenergie (aus) und unterstützt die politische Forderung nach einem Baustopp."*[15] Darüber hinaus forderte der Parteitag die Vorlage eines geschlossenen Konzeptes aller Entsorgungs-, Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsmaßnahmen unter Offenlegen aller Risiken. In der Plenardebatte beantragte der Kreisverband Segeberg, den Baustopp auszuweiten auf die Stilllegung von im Betrieb befindlichen KKW, wovon auch das KKW Brunsbüttel betroffen gewesen wäre. Nach Interventionen sowohl von G. Jansen als auch von K. Matthiesen wurde dieser Antrag aber mit großer Mehrheit abgelehnt.

Den Bürgerinitiativen bescheinigte der Parteitag, daß diese das Verdienst hätten, *„die unbestrittene Problematik der KKW einer größeren Öffentlichkeit bewußt gemacht zu haben. Einige von ihnen haben darüber hinaus noch vor den Parteien die Frage gestellt, wie eine lebenswerte Zukunft unserer Gesellschaft aussehen soll."*[16]

Auch personell war die Gruppe der Kernenergiekritiker auf dem Parteitag erfolgreich: Günther Jansen, der in der Rechenschaftsdebatte noch einmal seine Auffassung von der selbständigen Rolle der Partei gegenüber der Regierung deutlich gemacht hatte, wurde als Exponent des kernenergiekritischen Flügels als Landesvorsitzender klar bestätigt: Er erhielt 138 Ja-Stimmen bei 23 Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Nachdem es im Vorfeld des Parteitages Spekulationen über mögliche Gegenkandidaten gegeben hatte, war dies ein gutes Ergebnis.

1977-1979: Für den Ausstieg aus der Kernenergie

Der Landesverband Schleswig-Holstein unterlag mit seiner Position eines Moratoriums auf dem Hamburger SPD-Bundesparteitag im November 1977 klar. Der Parteitag beschloß, daß im Bau befindliche KKW zu Ende gebaut werden und dann eine Betriebsgenehmigung erhalten könnten, wenn eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für ein integriertes Entsorgungszentrum erteilt worden bzw. eine Entsorgung über Verträge verbindlich sichergestellt sei. Der Bau neuer KKW sollte nur genehmigt werden, wenn der zusätzliche Energiebedarf nicht durch Kohlekraftwerke allein zu decken wäre. Die schleswig-holsteinische SPD wollte in Anerkennung der Gültigkeit des Bundesparteitagsbeschlusses auch für den Landesverband den „Vorrang der Kohle" umsetzen, um den Zubau von KKW überflüssig zu machen. Bei der Verabschiedung des Landtagswahl-

[15] Beschluß des Landesparteitages in Tönning, abgedruckt in: Zur Sache 1, hrsg. vom Landesvorstand der SPD SH, Kiel 1977.
[16] ebd.

programms im Juni 1978 sollte ein Dissens zwischen Landes- und Bundesprogrammatik vermieden werden, um sich die Wahlchancen zu erhalten. Auf der anderen Seite war nicht beabsichtigt, die eigene kernenergiekritischere Position aufzugeben. Zur Energiepolitik hieß es daher im Landtagswahlprogramm:

„Das im Bau befindliche KKW in Krümmel darf den Betrieb nicht aufnehmen, solange die Entsorgung nicht realisiert ist. Das KKW Brokdorf soll nicht gebaut werden. Eine SPD-Landesregierung wird der Erneuerung und dem Ausbau vorhandener, sowie dem Bau neuer Kohlekraftwerke ... den Vorrang geben."[17]

Damit rückte die SPD SH von ihrer Tönninger Forderung nach einem Baustopp der im Bau befindlichen KKW wieder ab, die sich auch auf das KKW Krümmel bezogen hatte. Dies stieß jedoch auf keinen großen Widerstand, da Krümmel innerhalb der SPD (aber auch bei den Bürgerinitiativen) bei weitem nicht den Stellenwert des KKW Brokdorf besaß. Zu Brokdorf konnte die SPD SH in Übereinstimmung mit dem Bundesparteitagsbeschluß weiterhin den Verzicht fordern, da die erste TEG noch nicht rechtskräftig war. Für den Bau des KKW Brokdorf trat innerhalb der SPD SH niemand mehr ein; der Gewerkschaftsflügel um Hans Schwalbach problematisierte diese Frage offensichtlich wegen einer realistischen Einschätzung der Kräfteverhältnisse in der SPD nicht mehr.

Zu dem im Betrieb befindlichen KKW Brunsbüttel fand sich im Schwerpunktprogramm keine Aussage, was als Zeichen für die geringe Bedeutung dieses KKW in der Diskussion der SPD SH zu werten ist. Erst im Aktionsprogramm, das am 26. November des Jahres in Bad Segeberg beschlossen wurde, hieß es zu dem nach einem Störfall außer Betrieb befindlichen KKW Brunsbüttel: *„Das Kernkraftwerk Brunsbüttel darf nur dann wieder in Betrieb genommen werden, wenn eine weitere Gefährdung der Umwelt durch Störfälle bzw. Immissionen ausgeschlossen werden kann."*[18]

Die Landes-SPD rechnete sich für die Landtagswahl 1979 große Chancen aus, zusammen mit der FDP und eventuell dem Vertreter des SSW die CDU-Landesregierung abzulösen. Dazu mußte sich der Wahlkampf aber auch gegen die Grünen richten, um diese aus dem Landtag herauszuhalten und möglichst deutlich unter die 5%-Hürde zu drücken. Auch deshalb wurde der Bau des KKW Brokdorf zum großen Thema der Landtagswahl. Die SPD ging arbeitsteilig in diesen Wahlkampf: G. Jansen sollte die potentiell grünen Wähler zur Stimmabgabe für die SPD motivieren, während Klaus Matthiesen als Spitzenkandidat den Wahlkampf u.a. mit dem Slogan *„SPD — Damit Helmut Schmidt es leichter hat"* führte und darauf hinwies, daß der Bundeskanzler auch ein Kohlekraftwerk statt des KKW akzeptieren würde. Nach dem Unfall im KKW Three-Mile-Island in Harrisburg rief die Landes-SPD die Landtagswahl am 29. April 1979 zum *„Tag der Abstimmung über Brokdorf und den Bau weiterer KKW in SH"* aus. Am Abend des Wahltages hatte die SPD mit 41,7% zwar ihr bestes Ergebnis

[17] Schwerpunkte für unser Land, hrsg. vom Landesverband der SPD SH, Kiel 1978, S. 19.

[18] Umdenken und Verändern, hrsg. vom Landesverband der SPD SH, Kiel, Januar 1979, S. 19.

bei einer Landtagswahl seit 1947 erreicht. Allerdings konnte die CDU mit 48,3% der Stimmen die absolute Mehrheit der Mandate erzielen. Die Grüne Liste kam auf lediglich 2,4%. Der kernenergiekritische Kurs der SPD zahlte sich also auch bei Wahlen aus. Die Partei konnte einen Teil der potentiell grünen Wähler für sich gewinnen.

Die Diskussion über die Kernenergie wurde innnerparteilich unabhängig von der Landtagswahl weiter geführt. Bereits im Oktober 1978 traten die Jungsozialisten dafür ein, eine zweite Runde in der Energiepolitikdiskussion einzuläuten: *„Daher ist es nach unserer Meinung jetzt an der Zeit, eine endgültige Entscheidung gegen die Atomtechnologie zu treffen"*, hieß es in ihrem Informationsdienst.[19] Damit versuchten die Jungsozialisten, ähnlich wie zu Beginn der Kernenergiediskussion im Jahr 1975, die Partei voranzutreiben und die Kernenergieauseinandersetzung zu verschärfen. Diese Auseinandersetzung wurde die heftigste innerhalb der Energiediskussion, die sich an dem Fraktionsvorsitzenden Klaus Matthiesen und dem Landesvorsitzenden Günther Jansen personalisierte.

Der Landesvorstand beschloß im September 1979 mit 6:4 Stimmen, einen Antrag auf dem Burger Parteitag Anfang Oktober einzubringen, der entsprechend den Juso-Forderungen den Ausstieg aus der Kernenergie forderte: *„Der schrittweise Verzicht auf den Einsatz der Kernenergie ist unter Bedarfsgesichtspunkten möglich. Er ist nach gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen der Sozialdemokratie notwendig."*[20] Die Passage zu den schleswig-holsteinischen Kernkraftwerken lautete:

„Das geplante Kernkraftwerk Brokdorf wird nicht gebaut. Das Kernkraftwerk Brunsbüttel darf im Rahmen der Auslaufplanung nur dann wieder in Betrieb genommen werden, wenn eine weitere Gefährdung der Umwelt durch Störfälle bzw. durch Immissionen ausgeschlossen werden kann. Das im Bau befindliche Kernkraftwerk Krümmel erhält keine Betriebsgenehmigung, weil eine sicherheitstechnisch unbedenkliche und praktikable Lösung für die Entsorgung nicht gewährleistet ist."[21]

Vor allem der letzte Punkt führte zu heftigen Auseinandersetzungen. Der Fraktionsvorsitzende Matthiesen argumentierte, daß eine solche Beschlußfassung eine ernstzunehmende Lücke in der Energieversorgung in Kauf nehme. Ein weiteres Argument war für ihn, daß die SPD nicht die Partei der ökologischen Bewegung, sondern die Partei der Arbeiterbewegung und der arbeitenden Menschen sei. Auf dem Parteitag in Burg auf Fehmarn am 6./7. Oktober 1979 wurde die Kontroverse in voller Schärfe zwischen Günther Jansen und Klaus Matthiesen ausgetragen. Während der Fraktionsvorsitzende im Vorfeld der Diskussion im Landesvorstandsantrag die *„Preisgabe der energiepolitischen Regierungsfähigkeit"* sah, entgegnete der Landesvorsitzende auf dem Parteitag: *„Die Regierungsfähigkeit der SPD SH ist ohne die Möglichkeit der Inbetriebnahme von Krümmel nachzuweisen. Das wird die Voraussetzung für die Oppositionsfähigkeit eines sozialdemokratischen Fraktionschefs sein."*[22] Klaus Matthiesen erhielt für seinen Änderungsan-

[19] idj, Kiel, Oktober 1978.
[20] Kopie des Beschlusses im Archiv des Verfassers.
[21] ebd.
[22] Redemanuskript von Günther Jansen, Kopie im Archiv des Verfassers.

trag, nach dem ein endgültiger Verzicht auf Krümmel derzeit aus Versorgungssicherheit nicht möglich sei, lediglich 1/3 der Stimmen der Parteitagsdelegierten. Aber auch die Mehrheitsposition des Landesvorstandes konnte sich nicht uneingeschränkt durchsetzen, denn angenommen wurde mit großer Mehrheit ein Antrag des Kreisverbandes Kiel, in dem es hieß:

„Das im Bau befindliche Kernkraftwerk Krümmel erhält keine Betriebsgenehmigung, solange *eine sicherheitstechnisch unbedenkliche und praktikable Lösung für die Entsorgung nicht realisiert ist. Diese Voraussetzung wird jedenfalls für den übersehbaren Zeitraum der nächsten 10 Jahre nicht gegeben sein.“*[23]

Diese Nuancierung der Position änderte jedoch nichts daran, daß die Partei und die Öffentlichkeit den Ausgang des Landesparteitages insgesamt als *„Sieg von Jansen über Matthiesen“* bewertete.[24]

Inhaltlich hatte die SPD SH mit dem Burger Parteitag ihre Position der „Denkpause“ zu der Forderung nach einem schrittweisen Ausstieg aus der Kerntechnologie weiterentwickelt. In diesem allgemeinen Ziel des Ausstiegs war sich die übergroße Mehrheit der SPD SH einig. Gewerkschaftsvertreter, die nach der Beschlußlage ihrer Gewerkschaften eine andere Position hätten vertreten müssen, spielten in der Auseinandersetzung in Burg keine Rolle. Die Konflikte in der SPD SH brachen an den Forderungen zum KKW Krümmel aus. An diesem Punkt eskalierte ein Machtkampf zwischen Partei, die die allgemeine energiepolitische Ausstiegsforderung auch auf die schleswig-holsteinischen KKW übertragen wollte, und der Fraktionsführung, die neben der Auseinandersetzung um das KKW Brokdorf keine weiteren Konflikte eingehen wollte. Der Ausgang des Parteitages bedeutete eine Stärkung des Landesvorsitzenden, womit sich die klaren Kernenergiegegner durchsetzten.

Ihre Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomtechnologie brachte die SPD SH auf dem Bundesparteitag im Dezember 1979 in Berlin ein. Auch wenn gegenüber dem Hamburger Parteitag die Zahl der Kernenergiekritiker bzw. zumindest - skeptiker angewachsen war, konnte sich der Landesverband wiederum mit seiner Position nicht durchsetzen. Stattdessen beschloß der Parteitag, *„daß zum jetzigen Zeitpunkt ... auf die Anwendung keiner Energiequelle, auch nicht auf die Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke, verzichtet werden kann“.*[25] Der Versuch, die Ausstiegsforderung mit der mangelnden Entsorgung der Kernkraftwerke zu begründen, scheiterte. Bereits Zwischenlager sollten nach dem Willen der Parteitagsmehrheit ausreichen, im Bau befindlichen KKW nach Fertigstellung die Betriebsgenehmigung und geplanten KKW die Baugenehmigungen zu erteilen. Abgelehnt wurden alle Forderungen, daß im Bau befindliche KKW keine Betriebsgenehmigungen erhalten sollen oder daß auf den Bau neuer KKW verzichtet werden muß.

Der Landesvorstand der SPD SH befaßte sich kurz nach dem Berliner Parteitag mit dem Beschluß und stellte einstim-

[23] Kopie des Beschlusses im Archiv des Verfassers.

[24] Entsprechende Überschriften in der Frankfurter Rundschau vom 8.10.1979, in den Lübecker Nachrichten vom 9.10.1979, in den Kieler Nachrichten vom 8.10. 1979.

[25] Politik, Aktuelle Informationen der SPD, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn, Dezember 1979.

mig fest, daß dieser für die gesamte Partei zu gelten habe. Allerdings wurde er in eine Richtung interpretiert, die der schleswig-holsteinischen Position nahekam. Die SPD SH werde jetzt zusammen mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und anderen interessierten Bürgern dafür arbeiten, den Ausstieg aus der Kernenergie möglich zu machen, beschloß der Landesvorstand. Bei den schleswig-holsteinischen KKW mußte der Landesverband allerdings seine in Burg beschlossene Position zu Krümmel zurücknehmen: Dieses KKW könne eine Betriebsgenehmigung erhalten, die Wiederinbetriebnahme des KKW Brunsbüttel sei abhängig von Prüfungen über die Betriebssicherheit. Das KKW Brokdorf wurde weiterhin als geplant eingestuft und somit in einer möglichen Interpretation des Berliner Beschlusses abgelehnt.[26] Im nachhinein setzte sich damit über den Berliner Bundesparteitagsbeschluß die Position von Klaus Matthiesen auch in der SPD SH durch, ohne daß allerdings die grundsätzliche Ausstiegsposition geändert wurde.

1980-1983: Auseinandersetzungen um einzelne Kernkraftwerke

Da die grundsätzliche Ausstiegsposition innerhalb der SPD SH von einer breiten Mehrheit getragen wurde, konzentrierten sich die Konflikte in der Folgezeit auf die einzelnen schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke. Auf dem Landesparteitag im April 1980 in Eckernförde stand die Debatte um das KKW Brunsbüttel im Mittelpunkt. Die Jungsozialisten forderten bereits seit längerem die Stillegung des KKW, das nach einem Unfall im Juni 1978 stillstand. Die gemeinsame Strategie der SPD-Landtagsfraktion und des Landesvorstandes war dagegen darauf ausgerichtet, aus der Opposition heraus mehr Sicherheit für Brunsbüttel zu erreichen. Deshalb war ein umfangreicher Forderungskatalog zur Nachrüstung vorgelegt worden, ohne dessen Erfüllung die Landtagsfraktion der Wiederinbetriebnahme nicht zustimmen wollte. Dieses Vorgehen wurde innerhalb der SPD, außer von den Jungsozialisten, allgemein akzeptiert, da das KKW in der Energiedebatte nicht den Stellenwert von Brokdorf besaß, es gab kaum Proteste von Bürgerinitiativen gegen Brunsbüttel. Auf dem Landesparteitag in Ekkernförde versuchten die Jungsozialisten, eine Mehrheit für ihre Stillegungsforderung zu bekommen. Allerdings stellte sich auch der Landesvorsitzende G. Jansen hinter das Vorgehen der SPD-Landtagsfraktion und sagte auf dem Parteitag:

„Unsere Aufgabe ist, die Landesregierung zu veranlassen, die von uns für erforderlich gehaltenen Sicherheitsbedingungen beim Betreiber durchzusetzen. Dieses sind wir unabhängig vom Grundsatzstreit über die Kernenergie der Bevölkerung schuldig. An solchen Fragen entscheidet sich auch die für Wahlen so wichtige Problemlösungskompetenz einer Partei.“[27]

Da Landesvorstand und Landtagsfraktion in dieser Frage übereinstimmend die Forderung der Jungsozialisten ablehnten, scheiterten diese auf dem Landesparteitag klar. In der Folgezeit spitzte sich der Konflikt um das in der Interpretation der SPD SH geplante KKW Brokdorf zu: Im Sommer 1980 hatte das Verwaltungsgericht Schleswig im Hauptsacheverfahren die Klagen gegen die 1. TEG abgelehnt. Am 6. Februar 1981 wur-

[26] Beschluß des SPD-Landesvorstandes vom 10.12.1979, Kopie im Archiv des Verfassers.

[27] Redemanuskript von Günther Jansen, Kopie im Archiv des Verfassers.

den daraufhin die Bauarbeiten am KKW Brokdorf wiederaufgenommen. Am selben Tag erklärte Klaus Matthiesen, daß er für eine Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 1983 nicht mehr zur Verfügung stehe, da die SPD-geführte Bundesregierung die CDU-Landesregierung in ihrer Haltung zu Brokdorf unterstütze. Die Bundesregierung hatte die PreußenElektra politisch ermuntert, sich an dem KKW Brokdorf zu beteiligen. Für die Landes-SPD stand eine Revision ihrer ablehnenden Position zu Brokdorf nicht zur Diskussion: Zum einen war das „Nein zu Brokdorf" innerhalb der SPD unumstritten und für den Landesverband ein wichtiger Identifikationsfaktor. Zum anderen hätte ein derartiger Schwenk die SPD SH in den Augen der Wähler völlig unglaubwürdig gemacht und den Grünen eine erhebliche Zahl an Wählerstimmen gebracht. Die SPD blieb daher bei ihrer Ablehnung von Brokdorf und richtete sich darauf ein, im Landtagswahlkampf dieses Nein auch gegen die SPD-geführte Bundesregierung zu vertreten. Matthiesen begründete seinen Rücktritt von dem Amt des Spitzenkandidaten damit, daß er die letzte Landtagswahl auch zur Unterstützung des Bundeskanzlers geführt habe: *„Die Grenze dessen, was mir persönlich und politisch zuzumuten ist, ist durch die offene Zusammenarbeit der Bundesregierung und Stoltenberg in dieser für die SPD Norddeutschlands zentralen Frage überschritten."*[28]

Für den 28. Februar 1981 riefen die Bürgerinitiativen zu einer Demonstration am Bauplatz auf. Im Vorfeld der Demonstration kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Bürgerinitiativen und Jungsozialisten auf der einen Seite, die eine Verpflichtung zur Gewaltfreiheit in dem Aufruf verankern wollten, und anderen Teilen der Bürgerinitiativen, die dieses ablehnten, um die Breite der Bewegung nicht zu gefährden. Das „Trauma der Spaltung" von 1977 bewirkte, daß der überwiegende Teil der Bürgerinitiativen die Forderung nach einer Selbstverpflichtung auf eine gewaltfreie Demonstration ablehnte. Am 28. Februar demonstrierten ca. 100.000 Menschen in der Wilstermarsch und am Bauplatz gegen den Weiterbau des KKW. Auch viele Sozialdemokraten beteiligten sich an der Demonstration, die Jungsozialisten hatten zur Teilnahme, allerdings nicht am Bauplatz, aufgerufen. Dort kam es zu zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Die SPD SH hatte sich im Vorfeld der Demonstration bemüht, mit den Bürgerinitiativen ins Gespräch zu kommen, um für einen gewaltfreien Widerstand zu werben. Das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit sei die Voraussetzung für die Beteiligung von Sozialdemokraten an Demonstrationen, schrieben Klaus Matthiesen und Günther Jansen. Ein Gespräch kam allerdings nicht zustande, da das Verhältnis der SPD SH zu den Bürgerinitiativen zu diesem Zeitpunkt deutlich schlechter war als vor der Demonstration im Februar 1977. Dazu trug zum einen die Weigerung der Bürgerinitiativen bei, sich auf eine gewaltfreie Demonstration festzulegen. Auf der anderen Seite wurde aber innerhalb der Bürgerinitiativen die Politik der SPD insgesamt, aber auch der SPD SH kritischer

[28] Sozialdemokratischer Informationsbrief Nr. 29/81 vom 6.2.1981.

als vorher gesehen. Der SPD SH warfen diese vor, nicht konsequent in ihrer Ablehnung der Kernenergie zu sein, weil die Sozialdemokraten Brokdorf ablehnten, aber Brunsbüttel und Krümmel akzeptierten.

Erneute scharfe Auseinandersetzungen, die die Bedeutung der energiepolitischen Diskussion für den Landesverband der SPD unterstrichen, fanden im Vorfeld des Harrisleer Parteitages im September 1981 statt. Der Landesvorstand hatte einen Antrag vorbereitet, der auf dem Münchener Bundesparteitag im April 1982 eingebracht werden sollte. Dort hieß es u.a., daß die SPD an den Optionen auf die weitere Nutzung der Kernenergie und den Verzicht auf die Kernenergie festhalte. Konkret sollte ein „Zubaustopp" beschlossen werden.[29] Da der Antrag für die Bundesebene gedacht war, fanden sich darin keine konkreten Forderungen für die drei schleswig-holsteinischen KKW-Projekte. Allerdings hätte dieser Antrag, auf Schleswig-Holstein übertragen, bedeutet, daß die Sozialdemokraten den Betrieb von Brunsbüttel ebenso akzeptierten wie die Inbetriebnahme des inzwischen fast fertiggestellten KKW Krümmel. Vor allem hätte auch das KKW Brokdorf zu Ende gebaut und ebenfalls in Betrieb gehen können, da Zubaustopp sich nur auf geplante KKW beziehen konnte und sich Brokdorf zu diesem Zeitpunkt bereits im Bau befand. Der Landesvorstandsantrag stellte damit sowohl im allgemeinen als auch auf die SH-KKW bezogen eine Abkehr von bisherigen Positionen dar. Auf dem Parteitag kam es daher zu heftigen Debatten, die zu einer erheblichen Änderung des Antrags führten. Er wurde erst angenommen, als er mit einem Vorsatz versehen wurde, der die ursprüngliche Ausstiegsposition einschließlich der Beschlüsse zu Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel festschrieb. Dies zeigte, daß die Positionen zur Kernenergie innerhalb des Landesverbandes, zumindest was die Ebene der Parteitagsdelegierten anging, fest verankert waren. Jedem Versuch, diese aufzuweichen, und sei es nur, um einen Kompromißantrag für den Bundesparteitag zu verabschieden, wurde mit Mißtrauen begegnet. Der Landesvorstand hatte diese Haltung der Basis völlig falsch eingeschätzt.

Trotz aller Proteste der Bürgerinitiativen und der ablehnenden Haltung der oppositionellen Sozialdemokraten schritt der Bau der Kernkraftwerke Krümmel und Brokdorf weiter voran. Dies mußte die SPD SH berücksichtigen, als sie im Herbst 1982 ihr Programm für die Landtagswahl 1983 debattierte. Es war damit zu rechnen, daß das KKW Krümmel noch vor der Landtagswahl in Betrieb gehen würde. Für das KKW Brokdorf wurde erwartet, daß dies bereits Ende 1982 alle Teilerrichtungsgenehmigungen erhalten haben würde und lediglich eine 5. TEG mit Detailgenehmigungen ausstünde. Erst bei der Erteilung der Betriebsgenehmigung hätte eine sozialdemokratische Landesregierung wieder (mit)entscheiden können. Eine Arbeitsgruppe der SPD SH beschäftigte sich mit der Frage, was eine Landesregierung tun könne, um Brokdorf nicht ans Netz gehen zu lassen. Ihr Resumee war, daß dem KKW Brokdorf allenfalls aus Entsorgungsgründen die Betriebsgenehmigung ver-

[29] Kopie des Landesvorstandsantrages im Archiv des Verfassers.

weigert werden könnte. Der SPD-Landesvorstand legte dem Landesparteitag auf dieser Basis einen Antrag vor, in dem davon ausgegangen wurde, daß ein Baustopp in Brokdorf nicht mehr möglich sei. Allerdings sollte das KKW *„keine Betriebsgenehmigung erhalten, solange nicht alle mit dem Betrieb des Kernkraftwerkes verbundenen Sicherheitsprobleme, insbesondere die Entsorgung nachweisbar gelöst sind ... Die Entsorgung des Kernkraftwerkes Brokdorf muß durch ein im Betrieb befindliches Entsorgungszentrum mit einer vorhandenen Endlagerstätte für hochradioaktiven Atommüll sichergestellt sein.“*[30] Da dieses noch überhaupt nicht in Sichtweite war, hätte Brokdorf auf Jahre hinaus keine Betriebsgenehmigung erhalten. Der Betrieb von Krümmel wurde dagegen akzeptiert, vor allem mit dem Argument, daß Hamburg den Strom dieses KKW benötige, um aus Brokdorf auszusteigen. Für Brunsbüttel sollte ein Stillegungsplan erarbeitet werden. Bis zum Parteitag im Oktober 1982 wurde deutlich, daß das KKW Krümmel bis zu den Landtagswahlen aller Voraussicht nach doch noch keine Betriebsgenehmigung erhalten haben würde, d.h. eine sozialdemokratische Landesregierung ebenso wie beim KKW Brokdorf noch Entscheidungen treffen könnte. Damit war abzusehen, daß auf dem Parteitag die Auseinandersetzung um das KKW Krümmel im Mittelpunkt stehen würde. Eine Reihe von Kreisverbänden der SPD brachte zum Landesvorstandsantrag Änderungen ein, die eine Gleichbehandlung von Krümmel und Brokdorf forderten, d.h. beide sollten vor allem wegen der ungeklärten Entsorgung keine Betriebsgenehmigung erhalten. Auf dem Landesparteitag wurde von den Gegnern des Landesvorstandsantrages darauf hingewiesen, daß mit einem derartigen Beschluß Wahlkampf für die Grünen gemacht würde, da dieser nicht vermittelbar sei. Die Befürworter, an ihrer Spitze Günther Jansen, Klaus Matthiesen und der neue Spitzenkandidat Björn Engholm wiesen darauf hin, daß es eine unglaubliche Kraftprobe darstelle, ein fertiggestelltes KKW nicht in Betrieb gehen zu lassen. Diese Kraftprobe solle man bei Brokdorf wagen, da dies ein Symbol darstelle und man dort im Unterschied zu Krümmel viele Bündnispartner habe. In der Abstimmung unterlagen die Gegner des Landesvorstandsantrages, konnten aber trotz des massiven und geschlossenen Einsatzes der Partei- und Fraktionsführung für ihren weitergehenden Antrag 40% der Parteitagsdelegierten gewinnen. Mit dem Beschluß des Landesparteitages reduzierte die SPD SH ihren Widerstand gegen die Kernenergie in Schleswig-Holstein auf das Symbol Brokdorf. Die potentiellen Grünen-Stimmen sollten mit der Brokdorf-Position gewonnen werden und gleichzeitig bezogen die Sozialdemokraten mit der Akzeptierung von zwei KKW eine „machbare“, an Regierungsanforderungen ausgerichtete Position in der Energiefrage.

Dieser Konflikt um das Landtagswahlprogramm 1983 war die letzte große Kernenergiediskussion innerhalb des Landesverbandes. Die Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomenergie war in Schleswig-Holstein unumstritten und setzte sich auf dem Nürnberger Bundesparteitag 1986 auch in der Bundes-

[30] Kopie des Landesvorstandsantrages im Archiv des Verfassers.

SPD durch. Auf Landesebene reichte auch das Wahlergebnis 1983 nicht für die Regierungsübernahme der Sozialdemokraten aus. Das KKW Krümmel wurde 1983 in Betrieb genommen. Der Widerstand gegen das KKW Brokdorf ging zwar noch weiter, und die Bürgerinitiativen mobilisierten mit Beteiligung der SPD Demonstrationen gegen das KKW. Die Inbetriebnahme im Jahr 1986 konnte dadurch aber nicht mehr verhindert werden. Als die SPD im Mai 1988 die Landesregierung übernahm, waren damit alle drei schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke am Netz.

Fazit: Nur eine offene Partei kann die Vermittlungsfunktion erfüllen

Bei einer Analyse der Kernenergiediskussion der SPD SH in dem oben dargestellten Zeitraum ist festzustellen, daß eine Reihe von internen und externen Faktoren im Zusammenwirken miteinander die Umorientierung der SPD SH ermöglichten. Daß die Kernenergiediskussion in dem Landesverband überhaupt solch eine Bedeutung gewann, lag im wesentlichen an den Auseinandersetzungen um das KKW Brokdorf. Erst als die Bürgerinitiativen gegen die Kernenergie aktiv wurden, beschäftigte sich die SPD SH mit diesem Thema, auch wenn einige „Experten" in der Partei bereits vor den Auseinandersetzungen um Brokdorf eine energiepolitische Debatte in der SPD anzustoßen versuchten. Innerhalb kürzester Zeit gewann die Diskussion um Brokdorf innerhalb der SPD allerdings eine solche Eigendynamik, daß diese sich auch auf die anderen KKW-Projekte in Schleswig-Holstein ausweitete und über Jahre hinweg intensiv ausgetragen wurde, obwohl das Engagement der Bürgerinitiativen im Lauf der Jahre unterschiedlich stark war. Daß die Ablehnung des KKW Brokdorf in der SPD SH sehr schnell zum unumstrittenen und unveränderlichen Konsens wurde, lag daran, daß dieses KKW wegen der Heftigkeit des Konfliktes Symbolcharakter besaß, sowohl für die Kernenergiegegner als auch für die Befürworter in der CDU-Landesregierung. Die SPD SH griff daher diesen Konflikt auch unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner auf. Die Haltung zu den beiden anderen Kernkraftwerksprojekten dagegen war innerhalb der SPD nicht so eindeutig und stand stärker im Zentrum von Konflikten. Hier fehlte den innerparteilichen Kernenergiegegnern die Unterstützung von außen zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

Daß die SPD SH sich überhaupt für die Anliegen der Bürgerinitiativen aufgeschlossen zeigte und diese in ihre Programmatik einfließen ließ, lag an einer Reihe von internen Faktoren: Zum einen betrachtete sich die SPD im nördlichsten Bundesland als „linker Landesverband" innerhalb der Bundes-SPD. Zu der „Kultur" des Landesverbandes gehörte eine große Diskussionsfreudigkeit über politische Themen. „Sachzwangargumenten" stand die Partei eher kritisch gegenüber. Hinzu kam, daß der Landesverband sehr früh ökologische Positionen in seine Programmatik aufgenommen hatte und daher auch in der Energiepolitik für neue Argumente offen war. Der Konflikt mit der Bundes-SPD bzw. der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung bestärkte vor allem die für die Willensbil-

dung wichtige Gruppe der mittleren Funktionärsschicht in ihrem eigenen Selbstverständnis, einem „besonderen" Landesverband anzugehören, und stärkte das Zusammengehörigkeitsgefühl. Im Vergleich zu anderen Landesverbänden der SPD herrschte eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber den Jungsozialisten, die am intensivsten direkt mit den Bürgerinitiativen zusammenarbeiteten. Die Jungsozialisten trugen deren Positionen in die SPD hinein und beeinflußten damit die Energiediskussion in der SPD erheblich, auch wenn sie sich häufig, vor allem in ihren Positionen zu Brunsbüttel und Krümmel, nicht durchsetzen konnten. Demgegenüber war der Einfluß des potentiellen Gegners einer Umorientierung, nämlich der Einfluß der Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, im Landesverband SH im Vergleich zu anderen Bezirken oder der Bundesebene eher gering. Zudem schaffte es der Gewerkschaftsflügel als möglicher Kern einer kritischen Position zum Kernenergiekurs der Landes-SPD nicht, eine kontinuierliche Oppositionsgruppe einschließlich personeller Alternativen aufzubauen.

In der Zeit, in der die SPD ihre Position in der Energiepolitik erarbeitete, war sie als Oppositionspartei frei von den Anforderungen, die an eine Regierungspartei gestellt werden. Auch das Rollenverständnis zwischen Landespartei und Landtagsfraktion mit dem darin angelegten Konfliktpotential begünstigte das Aufgreifen der Forderungen der Bürgerinitiativen. Die Landtagsfraktion vertrat einen „eher gemäßigten Kurs", der auch „potentiellen Regierungsansprüchen" genügen und Koalitionsmöglichkeiten offenhalten sollte. Dies zeigte sich vor allem in den Auseinandersetzungen um die schleswig-holsteinischen KKW. Die Fraktion hatte es innerhalb des Landesverbandes aber schwer, ihre Positionen durchzusetzen, da der Landesverband das politische Primat für sich einforderte. Die personelle Trennung der Vorsitzendenämter führte dazu, daß auftretende Konflikte zwischen Fraktion und Partei personalisiert und damit verschärft wurden. Auf der anderen Seite hatten weitergehende Forderungen in der Kernenergiedebatte keine Chance sich durchzusetzen, wenn die Führung von Partei und Fraktion diese geschlossen ablehnten.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die programmatische Debatte der SPD SH um die Kernenergie ein Beispiel dafür ist, wie Anstöße von außerhalb von einer Partei aufgenommen werden und die innerparteiliche Diskussion und Willensbildung beeinflussen. Inwieweit sich diese durchsetzen, hängt allerdings stark von internen Faktoren der innerparteilichen Willensbildung ab.